

No. 35505

**Germany
and
Switzerland**

Agreement between the Government of the Federal Republic of Germany and the Swiss Federal Council concerning the readmission of persons with no authorization to reside (Readmission Agreement) (with protocol). Bonn, 20 December 1993

Entry into force: 1 February 1994, in accordance with article 13

Authentic text: German

Registration with the Secretariat of the United Nations: Germany, 22 February 1999

**Allemagne
et
Suisse**

Accord entre le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne et le Conseil de la Confédération suisse concernant la réadmission de personnes sans autorisation de résider (Accord de réadmission) (avec protocole). Bonn, 20 décembre 1993

Entrée en vigueur : 1er février 1994, conformément à l'article 13

Texte authentique : allemand

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Allemagne, 22 février 1999

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und dem Schweizerischen Bundesrat
über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt
(Rückübernahmevertrag)**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
der Schweizerische Bundesrat —

in dem Bestreben, die Rückübernahme von Personen an der gemeinsamen Grenze und die Durchbeförderung von Personen im Geiste der Zusammenarbeit und guten Nachbarschaft und auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu erleichtern —

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Übernahme eigener Staatsangehöriger

(1) Jede Vertragspartei übernimmt auf Antrag der anderen Vertragspartei formlos die Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht oder nicht mehr erfüllt, wenn nachgewiesen oder glaubhaft gemacht wird, daß sie die Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei besitzt.

(2) Die ersuchende Vertragspartei nimmt diese Person unter denselben Voraussetzungen zurück, wenn die Nachprüfung ergibt, daß sie zum Zeitpunkt der Ausreise aus dem Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei nicht im Besitz der Staatsangehörigkeit der ersuchten Vertragspartei war.

Artikel 2

Übernahme bei Einreisen über die Außengrenze

(1) Die Vertragspartei, über deren Außengrenze eine Person eingereist ist, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht erfüllt, übernimmt auf Antrag dieser Vertragspartei formlos diese Person.

(2) Als Außengrenze im Sinne dieses Artikels gilt die zuerst überschrittene Grenze, die nicht gemeinsame Grenze der Vertragsparteien ist.

(3) Die Rückübernahmeverpflichtung nach Absatz 1 besteht nicht gegenüber einer Person, die bei ihrer Einreise in das Ho-

heitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei im Besitz eines gültigen Visums oder eines gültigen Aufenthaltstitels dieser Vertragspartei war oder der nach ihrer Einreise ein Visum oder ein Aufenthaltstitel durch diese Vertragspartei ausgestellt wurde.

Artikel 3

**Übernahme durch die
für die Einreise verantwortliche Vertragspartei**

(1) Verfügt eine Person, die im Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei die geltenden Voraussetzungen für die Einreise oder den Aufenthalt nicht erfüllt, über einen gültigen, durch die andere Vertragspartei ausgestellten Aufenthaltstitel oder ein gültiges Visum, so übernimmt diese Vertragspartei auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei formlos diese Person.

(2) Haben beide Vertragsparteien ein Visum oder einen Aufenthaltstitel erteilt, so ist die Vertragspartei zuständig, deren Visum oder Aufenthaltserlaubnis zuletzt erlischt.

Artikel 4

Aufenthaltstitel

Als Aufenthaltstitel nach den Artikeln 2 Absatz 3 und 3 Absatz 1 gilt jede von einer Vertragspartei ausgestellte Erlaubnis gleich welcher Art, die zum Aufenthalt in deren Hoheitsgebiet berechtigt. Hierzu zählt nicht die befristete Zulassung zum Aufenthalt im Hoheitsgebiet einer der Vertragsparteien im Hinblick auf die Behandlung eines Asylbegehrens oder eines Antrags auf eine Aufenthaltsgenehmigung.

Artikel 5

Fristen

(1) Die ersuchte Vertragspartei beantwortet die an sie gerichteten Rückübernahmeverfahren innerhalb von acht Tagen.

(2) Die ersuchte Vertragspartei übernimmt die Person, deren Rückübernahme zugestimmt wurde, innerhalb eines Monats. Diese Frist kann auf Antrag der ersuchenden Vertragspartei verlängert werden.

**Artikel 6
Ausschlußfrist
für die Rückübernahmeverpflichtung**

Hält sich ein Ausländer mit Wissen einer Vertragspartei nachweisbar länger als ein Jahr ununterbrochen in ihrem Hoheitsgebiet auf, kann sie kein Rückübernahmeversuchen mehr stellen.

**Artikel 7
Durchbeförderung**

(1) Die Vertragsparteien erklären sich bereit, Ersuchen der Behörden der jeweils anderen Vertragspartei um Durchbeförderung von Personen zu entsprechen, die nicht die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzen, wenn die Weiterreise und die Übernahme durch den Zielstaat gesichert sind.

(2) Die Durchbeförderung kann abgelehnt werden, wenn

1. die Person in einem weiteren Durchgangsstaat oder im Zielstaat der Gefahr der politischen Verfolgung ausgesetzt wäre oder eine Strafverfolgung oder Strafvollstreckung zu erwarten hätte oder
2. wenn sie im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei wegen einer strafbaren Handlung verfolgt werden müßte; der ersuchenden Vertragspartei ist davon vor der Durchbeförderung Kenntnis zu geben.

(3) Ein Transit-Visum der ersuchten Vertragspartei ist nicht erforderlich.

(4) Trotz erteilter Bewilligung können zur Durchbeförderung übernommene Personen an die andere Vertragspartei zurückgeben werden, wenn nachträglich Tatsachen im Sinne des Absatzes 2 eintreten oder bekannt werden, die einer Durchbeförderung entgegenstehen, oder wenn die Weiterreise oder die Übernahme durch den Zielstaat nicht mehr gesichert ist.

**Artikel 8
Datenschutz**

Soweit für die Durchführung des Abkommens personenbezogene Daten zu übermitteln sind, dürfen diese Informationen ausschließlich betreffen

- die Personalien der zu übergebenden Person und gegebenenfalls der Angehörigen (Name, Vorname, gegebenenfalls früherer Name, Beinamen oder Pseudonyme, Geburtsdatum und -ort, Geschlecht, derzeitige und frühere Staatsangehörigkeit).
- den Personalausweis oder den Reisepaß (Nummer, Gültigkeitsdauer, Ausstellungsdatum, ausstellende Behörde, Ausstellungsort usw.).
- sonstige zur Identifizierung der zu übergebenden Personen erforderliche Angaben,
- die Aufenthaltsorte und die Reisewege,
- die Aufenthaltserlaubnisse oder die durch eine der Vertragsparteien erteilten Visa,
- gegebenenfalls den Ort der Einreichung eines Asylantrags,
- gegebenenfalls das Datum der Einreichung eines früheren Asylantrags, das Datum der Einreichung des jetzigen Asylantrags, den Stand des Verfahrens und den Tenor der gegebenenfalls getroffenen Entscheidung.

Für den Umgang mit diesen Daten sind die zu Artikel 8 des Protokolls zu diesem Abkommen aufgeführten Grundsätze zu beachten.

**Artikel 9
Kosten**

(1) Die Kosten der Beförderung von Personen, die nach den Artikeln 1, 2 und 3 übernommen oder nach Artikel 7 zur Durchbeförderung übernommen werden, trägt bis zur Grenzübergangsstelle die ersuchende Vertragspartei.

(2) Die Kosten der Durchbeförderung bis an die Grenze des Zielstaats und gegebenenfalls auch die aus dem Rücktransport erwachsenden Kosten trägt die ersuchende Vertragspartei.

**Artikel 10
Zuständige Behörden**

Die für die Durchführung der Rückübernahmevereinbarungen und die Durchbeförderung zuständigen zentralen oder örtlichen Behörden werden von den für die Grenzkontrollen zuständigen Ministerien bezeichnet und der anderen Vertragspartei spätestens bei Unterzeichnung dieses Abkommens mitgeteilt.

**Artikel 11
Unberührtheitsklausel**

(1) Die Anwendung des Abkommens vom 28. Juli 1951 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge in der Fassung des Protokolls vom 31. Januar 1967 über die Rechtsstellung der Flüchtlinge bleibt unberührt.

(2) Die Verpflichtungen aus den zwischenstaatlichen Verträgen über die Auslieferung und die Durchlieferung sowie aus den Niederlassungsverträgen der Vertragsparteien bleiben unberührt.

(3) Die Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland als Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft, die sich aus dem Gemeinschaftsrecht ergeben, sowie die Anwendung des Übereinkommens vom 14. Juni 1985 zwischen den Regierungen der Benelux-Wirtschaftsunion, der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen sowie des Durchführungsübereinkommens vom 19. Juni 1990 zu diesem Übereinkommen und aus dem Übereinkommen vom 29. März 1991 zwischen den Schengener Staaten und Polen über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt und die Anwendung des Dubliner Übereinkommens vom 15. Juni 1990 über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft gestellten Asylantrags durch die Bundesrepublik Deutschland bleiben unberührt.

**Artikel 12
Zusammenarbeit bei der Bekämpfung
illegaler Einreisen, Expertenausschuß**

(1) Die Vertragsparteien unterstützen sich bei der Umsetzung des Abkommens und bei der Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern und arbeiten hierbei eng und vertrauensvoll zusammen. Die Zusammenarbeit umfaßt insbesondere folgende Gebiete:

- 1. Gemeinsame Analyse der Ursachen und Zusammenhänge der illegalen Einreise von Ausländern.**
- 2. Ausarbeitung geeigneter Maßnahmen zur Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern.**
- 3. Durchführung der Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere an der gemeinsamen Grenze, in enger Abstimmung.**

(2) Die Vertragsparteien übermitteln einander nach Maßgabe ihres jeweiligen Rechts die für den Empfänger zur Umsetzung des Abkommens und zur Bekämpfung der illegalen Einreise von Ausländern erforderlichen Informationen. Besondere Vorschriften über die Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen bleiben unberührt.

(3) Die Zusammenarbeit aufgrund anderer Verträge und Übereinkommen bleibt unberührt.

(4) Die Vertragsparteien setzen einen Ausschuß zur Prüfung von Fragen im Zusammenhang mit der Anwendung und Auslegung dieses Abkommens ein. Falls Schwierigkeiten auftreten, unterbreitet der Ausschuß den Vertragsparteien Vorschläge zu deren Behebung. Die Zustimmung der zuständigen Behörden zu

den vorgeschlagenen Regelungen bleibt vorbehalten. Der Ausschuß kann auch Vorschläge zur Änderung dieses Abkommens unterbreiten.

(5) Der Ausschuß besteht aus je drei Mitgliedern der Vertragsparteien. Er kann weitere Experten zu den Beratungen hinzuziehen.

Artikel 13

Inkrafttreten

Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des zweiten Monats nach seiner Unterzeichnung in Kraft. Es wird erst von dem Tag an angewandt, den die Vertragsparteien durch Notenwechsel vereinbaren. Mit der Anwendung tritt das durch Notenwechsel ge-

schlossene Abkommen vom 28. Dezember 1954 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über die Übernahme von Personen an der Grenze außer Kraft.

Artikel 14

Suspendierung, Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen nach Konsultation mit der anderen Vertragspartei aus wichtigem Grunde suspendieren oder kündigen.

(2) Die Suspendierung oder Kündigung tritt am ersten Tag des Monats nach Eingang der betreffenden Notifikation bei der anderen Vertragspartei in Kraft.

**Geschehen zu Bonn am 20. Dezember 1993 in zwei Urschriften
in deutscher Sprache.**

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

**Kanther
Eitel**

Für den Schweizerischen Bundesrat

A. Koller

Protokoll

In Ergänzung des Abkommens vom 20. Dezember 1993 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und dem Schweizerischen Bundesrat über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt (Rückübernahmevertrag) haben die Vertragsparteien die folgenden gemeinsamen Erklärungen abgegeben und die folgenden einseitigen Erklärungen entgegengenommen:

1. Gemeinsame Erklärung zur Auslegung und Anwendung einzelner Bestimmungen des Rückübernahmevertrags:

Zu Artikel 1

- a) Der Nachweis der Staatsangehörigkeit gemäß Artikel 1 Absatz 1 kann insbesondere mit folgenden Urkunden geführt werden:

- Staatsangehörigkeitsurkunden,
- Pässen aller Art (Nationalpässe, Diplomatenpässe, Dienstpässe, Paßersatzdokumente mit Lichtbild),
- Personalausweisen (auch vorläufige und behelfsmäßige Personalausweise),
- vorläufigen Identitätsbescheinigungen,
- Wehrpässen und Militärausweisen,
- Kinderausweisen als Paßersatz,
- Behördenauskünften mit eindeutigen Aussagen.

Bei Vorlage derartiger Dokumente wird die so nachgewiesene Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne daß es einer weiteren Überprüfung bedarf.

- b) Die Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit kann insbesondere erfolgen durch

- andere Dokumente als Wehrpässe und Militärausweise, die die Zugehörigkeit zu den Streitkräften einer der Vertragsparteien belegen,
- Führerscheine,
- Geburtsurkunden,
- Firmenausweise,
- Versicherungsnachweise,
- Seefahrtbücher,
- Binnenschifferausweise,
- Zeugenaussagen,
- eigene Angaben des Betroffenen,
- die Sprache des Betroffenen.

In diesen Fällen gilt die Staatsangehörigkeit unter den Vertragsparteien als feststehend, solange die ersuchte Partei dies nicht widerlegt hat.

- c) Die in Nummer 1 aufgeführten Dokumente genügen auch dann als Nachweis oder Glaubhaftmachung der Staatsangehörigkeit, wenn sie zu Unrecht ausgestellt oder durch Zeitablauf ungültig geworden sind.

Zu den Artikeln 2, 3 und 4

- a) Artikel 2 bis 4 beziehen sich auf Personen, die nicht Staatsangehörige einer der Vertragsparteien sind (Drittäusländer).
- b) Die Geburt im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei steht bei der Anwendung des Artikels 2 Absatz 1 der Einreise über deren Außengrenze gleich.

- c) Die Einreise über eine Außengrenze der Vertragsparteien gemäß Artikel 2 Absatz 1 muß nachgewiesen oder glaubhaft gemacht werden.
 - d) Mit dem Nachweis oder Glaubhaftmachung der Einreise eines Drittausländers über die gemeinsame Grenze in das Hoheitsgebiet der ersuchenden Vertragspartei wird zugleich dessen vorherige Einreise über eine Außengrenze in das Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei nachgewiesen oder glaubhaft gemacht.
 - e) Die Einreise über die Außengrenze beziehungsweise über die gemeinsame Grenze wird nachgewiesen durch:
 - Einreisestempel-/vermerke in Reisedokumenten,
 - Fahrkarten, Flugscheine und vergleichbare Urkunden, aus denen sich die Reiseroute ergibt,
 - Aussagen von Personen, zum Beispiel Angehörigen der Grenzbehörden, die die Einreise über eine Außen- grenze bezeugen können.
- Sie wird glaubhaft gemacht durch:
- überprüfbare Angaben der eingereisten Personen.
 - Unterlagen und Belege, zum Beispiel Rechnungen, Quittungen und Bescheinigungen, denen sich Rückschlüsse auf den Reiseweg entnehmen lassen.
 - Unterlagen und Belege, die auf einen vorherigen Aufenthalt im Hoheitsgebiet der ersuchten Vertragspartei hinweisen.
- f) In den Fällen, in denen die Einreise über die Außengrenze nachgewiesen wird, ist sie unter den Vertragsparteien verbindlich anerkannt, ohne daß weitere Erhebungen durchgeführt werden. Wird die Einreise über die Außen- grenze glaubhaft gemacht, gilt sie unter den Vertragspar- teien als feststehend, solange die ersuchte Vertragspartei dies nicht widerlegt hat.
 - g) Visum im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 ist ein Transit- Visum nur dann, wenn beide Vertragsparteien ein solches Visum ausgestellt haben.

Zu Artikel 5

- a) Die Fristen nach Artikel 5 sind Höchstfristen.
Im Regelfall soll eine Übernahme unverzüglich, möglichst innerhalb von zwei Tagen, vollzogen sein. Die Frist beginnt mit der Bekanntgabe des Rückübernahmevertrags an die ersuchte Vertragspartei.
- b) Die ersuchte Vertragspartei wird einem Antrag auf Frist- verlängerung entsprechen, wenn der ersuchenden Vertragspartei die Einhaltung der Frist aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen unmöglich ist.

Zu den Artikeln 1, 2, 3, 4 und 7

Die nach den Artikeln 1, 2, 3, 4 und 7 zu überstellenden Personen können an allen Grenzübergangsstellen überstellt werden. Die Grenzbehörden der Vertragsparteien können einvernehmlich eine abweichende Regelung treffen.

Zu Artikel 8

Für die Übermittlung personenbezogener Daten nach Artikel 8 sind folgende Grundsätze zu beachten:

- a) Die Nutzung der Daten durch den Empfänger ist nur zu dem angegebenen Zweck und zu den durch die übermit- telnde Vertragspartei vorgeschriebenen Bedingungen zu- lässig.

- b) Der Empfänger unterrichtet die übermittelnde Vertragspartei auf Ersuchen über die Verwendung der übermittelten Daten und über die dadurch erzielten Ergebnisse.
- c) Personenbezogene Daten dürfen ausschließlich an die zuständigen Stellen übermittelt werden. Die weitere Übermittlung an andere Stellen darf nur mit vorheriger Zustimmung der übermittelnden Stelle erfolgen.
- d) Die übermittelnde Vertragspartei ist verpflichtet, auf die Richtigkeit der zu übermittelnden Daten sowie auf die Erforderlichkeit und Verhältnismäßigkeit in bezug auf den mit der Übermittlung verfolgten Zweck zu achten. Dabei sind die nach dem jeweiligen innerstaatlichen Recht geltenden Übermittlungsverbote zu beachten. Erweist sich, daß unrichtige oder Daten, die nicht übermittelt werden dürfen, übermittelt worden sind, so ist dies dem Empfänger unverzüglich mitzuteilen. Er ist verpflichtet, die Berichtigung oder Vernichtung vorzunehmen.
- e) Dem Betroffenen ist auf Antrag über die zu seiner Person vorhandenen Informationen sowie über den vorgesehenen Verwendungszweck Auskunft zu erteilen. Eine Verpflichtung zur Auskunftserteilung besteht nicht, soweit eine Abwägung ergibt, daß das öffentliche Interesse, die Auskunft nicht zu erteilen, das Interesse des Betroffenen an der Auskunftserteilung überwiegt.
Im übrigen richtet sich das Recht des Betroffenen, über die zu seiner Person vorhandenen Daten Auskunft zu erhalten, nach dem innerstaatlichen Recht der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Auskunft beantragt wird.
- f) Die übermittelten personenbezogenen Daten sind nur so lange aufzubewahren, wie es der Zweck, für den sie übermittelt worden sind, erfordert. Die Vertragsparteien beauftragen ein geeignetes Gremium mit der unabhängigen Kontrolle der Verarbeitung und Verwendung der aufbewahrten Daten.
- g) Beide Vertragsparteien sind verpflichtet, die Übermittlung und den Empfang von personenbezogenen Daten aktenkundig zu machen.
- h) Beide Vertragsparteien sind verpflichtet, die übermittelten personenbezogenen Daten wirksam gegen unbefugten

Zugang, unbefugte Veränderung und unbefugte Bekanntgabe zu schützen. Die übermittelten Daten genießen auf jeden Fall zumindest den Schutz, der auf Grund des Rechts der empfangenden Vertragspartei für Daten gleicher Art gilt.

Zu Artikel 11

Artikel 11 Absatz 3 gilt sinngemäß im Falle eines Beitritts der Schweiz zu einem Parallelabkommen zum Dubliner Übereinkommen vom 15. Juni 1990 über die Bestimmung des zuständigen Staates für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaft gestellten Asylantrags und eines Beitritts der Schweiz zum Übereinkommen vom 29. März 1991 zwischen den Schengener Staaten und Polen über die Rückübernahme von Personen mit unbefugtem Aufenthalt.

2. Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu Artikel 2 Absatz 3:
 - a) Visum im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind das „Visum“, das „Transit-Visum“, das „Ausnahme-Visum“ und das „Ausnahme-Transit-Visum“.
 - b) Aufenthaltstitel im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind die befristete und unbefristete „Aufenthaltserlaubnis“, die „Aufenthaltsberechtigung“, die „Aufenthaltsbewilligung“ und die „Aufenthaltsbefugnis“.
3. Erklärung des Schweizerischen Bundesrats zu Artikel 2 Absatz 3:
 - a) Visum im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind das „Visum“, das „Transitvisum“, das „Einreisevisum“, das „Diplomatisches Visum“, das „Dienstvisum“, das „Höflichkeitsvisum“, das „Kollektivvisum“ und das „Rückreisevisum“.
 - b) Aufenthaltstitel im Sinne des Artikels 2 Absatz 3 sind die „Aufenthaltsbewilligung“ und die „Niederlassungsbewilligung“.

Dieses Protokoll tritt gemäß Artikel 13 des Abkommens in Kraft.

Geschehen zu Bonn am 20. Dezember 1993 in zwei Urschriften in deutscher Sprache.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Kanther
Eitel

Für den Schweizerischen Bundesrat
A. Koller

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE FEDERAL
REPUBLIC OF GERMANY AND THE SWISS FEDERAL COUNCIL
CONCERNING THE READMISSION OF PERSONS WITH NO
AUTHORIZATION TO REENTER (READMISSION AGREEMENT)

The Federal Republic of Germany

and

The Swiss Federal Council,

Intending to facilitate, in a spirit of cooperation and good-neighbourliness as well as according to the principle of reciprocity, the return of persons at the common border and their transport in transit,

Have agreed on the following provisions:

Article 1. Readmission of nationals

(1) Each Contracting Party shall readmit on its territory, at the request of the other Contracting Party and without formality, any person who does not fulfil or who no longer fulfils the conditions in force for entry and residence in the territory of the requesting Contracting Party, provided that it is proved or validly assumed that he possesses the nationality of the requested Contracting Party.

(2) The requesting Contracting Party shall readmit this person under the same conditions if the subsequent reviews demonstrate that he does not possess the nationality of the requested Contracting Party at the time of the departure from the territory of the requesting Contracting Party.

*Article 2. Readmission of persons entering
from foreign borders*

(1) At the request of a Contracting Party, the Contracting Party whose foreign border has been crossed by a person who does not fulfil the conditions for entry or residence applicable in the territory of the requesting Contracting Party shall readmit without formality this person in its territory.

(2) External border in the context of this article means the first border cleared which is not a border common to the Contracting Parties.

(3) The obligation to readmit in the sense of paragraph 1 is not applicable toward the person who, at the time of entry in the territory of the requesting Contracting Party, is in possession of a visa or a currently valid document of stay in course of validity delivered by this Contracting Party or who, after entry, has been placed in possession by the former Contracting Party a visa or a document permitting a stay.

*Article 3. Readmission by the Contracting
Party responsible for entry*

(1) If a person who does not fulfil the entry or residence requirements applicable in the territory of the receiving Contracting Party holds a residence permit or a valid visa issued by the other Party, the latter will readmit this person without formality at the request of the requesting Contracting Party.

(2) If both Contracting Parties have issued a visa or a residence permit, the competent Party is the Party whose issued visa or residence permit expires last.

Article 4. Residence permit

By residence permit in the context of article 2, paragraph 3, and article 3, paragraph 1, means any authorization of whatever nature issued by one Contracting Party giving right of residence in its territory. Temporary residence admission in the territory of one of the Contracting Parties as a response to a request for asylum or a request for a residence permit is not included in this definition.

Article 5. Time limits

(1) The requested Contracting Party is reminded to respond to the requests for readmission which have been presented within a period of eight days.

(2) The requested Contracting Party is reminded to accept the person for whom it has accepted readmission within a period of one month. This time limit may be extended at the request of the receiving Contracting Party.

*Article 6. Time limit for failure of
responsibility to readmit*

If it turns out that a foreigner has resided, to the knowledge of a Contracting Party, for more than one year without interruption in the territory of this Party, the former shall no longer assert requests for readmission.

Article 7. Admission in transit

(1) Each Contracting Party shall declare itself ready to respond to the requests of the authorities of the other Contracting Party concerning the admission in transit of persons who do not possess the nationality of one of the Contracting Parties provided that the continuation of the voyage and the return by the State of destination are assured.

(2) Admission in transit may be refused when:

1. The person would be at risk of political persecution in another State of transit or in the State of destination or that the person would expect a continuation or a legal enforcement; or that

2. The person would be the object of criminal proceedings in the territory of the requested Contracting Party, in which case the requesting Contracting Party must be informed before the admission in transit.

(3) A transit visa of the requested Contracting Party shall not be necessary.

(4) Even if authorization has been granted, the persons accepted for transit may be returned to the other Contracting Party if circumstances within the meaning of paragraph 2 subsequently arise or come to light which stand in the way of a transit operation, or if the onward journey or the admission by the State of destination is no longer assured.

Article 8. Data protection

Where personal data are to be transmitted for the purposes of this Agreement, such information should concern exclusively:

- Personal details of the person to be handed over and, if applicable, members of his or her family (surname, first name, any previous surnames, nicknames or pseudonyms, date and place of birth, sex, current and previous nationalities);
- Identity card or passport (number, period of validity, date of issue, issuing authority, place of issue etc.);
- Other details essential to the identification of a person to be returned;
- Places of residence and itineraries;
- Residence permits and visas granted by one of the Contracting Parties;
- If necessary, the place where a request for asylum was lodged;
- If necessary, the date when a prior request for asylum was lodged, the date when this request for asylum was lodged, the status of the procedure and the content of the conditional decision rendered.

The processing of these data is governed by the principles enumerated in article 8 of the Protocol to this Agreement.

Article 9. Costs

(1) The requesting Contracting Party will bear the costs of transport of the readmission of persons, as far as the border, in accordance with articles I, 2 and 3, or the cost of transport in transit, in accordance with article 7.

(2) The requesting Contracting Party will bear the costs of transport in transit, as far as the border of the State of destination and, if necessary, the costs arising from the return transport, if necessary.

Article 10. Competent authorities

The ministries responsible for border control will designate competent central or local authorities for the execution of requests for readmission or admission in transit; they will communicate to the other Contracting Party no later than at the time of signature of this Agreement.

Article 11. Inviolability clause

(1) Nothing in this Agreement shall affect the application of the Convention of 28 July 1951 on the Status of Refugees as well as the Protocol of 31 January 1967 on the Status of Refugees.

(2) The responsibilities arising from international treaties on extradition and extradition in transit as well as conventions on settlement concluded by the Contracting Parties shall not be affected by this Agreement.

(3) The responsibility of the Federal Republic of Germany, in its capacity as a member State of the European Community, which ensues from community law, as well as the application of the Agreement of 14 June 1985 between the Governments of the States of the Benelux Economic Union, the Federal Republic of Germany and the French Republic relating to the Gradual Elimination of Controls on Common Borders and that of the Convention on Application of 19 June 1990 relating to this Agreement, responsibilities ensuing equally from the Agreement of 29 March 1991 between the States signatory to the Schengen and Poland Agreement relating to the Readmission of Persons in Irregular Situations as well as the application by the Federal Republic of Germany of the Convention of Dublin of 15 June 1990 relating to the determination of the State responsible for the examination of a request for asylum presented in one of member States of the European Community.

Article 12. Cooperation in the struggle against illegal entries; commission of experts

(1) The Contracting Parties shall assist each other in the application of this Agreement and in the matter of the struggle against illegal foreign entries; they will cooperate closely and on the basis of mutual confidence. The cooperation will focus, in particular, on the following areas:

1. Collective analysis of the causes and circumstances tied to the illegal entry of foreigners;
2. Elaboration of proper measures to combat the illegal entry of foreigners;
3. Close execution of control and surveillance measures, especially on the common border.

(2) The Contracting Parties shall transmit to each other, in so far as their respective legislation authorizes it, the information necessary to the application of the Agreement and to the struggle against illegal entry of foreigners. The particular prescriptions on the judicial and administrative cooperation in penal matters shall not be affected by this Agreement.

(3) The cooperation arising from other conventions and treaties shall not be affected by this Agreement.

(4) The Contracting Parties shall appoint a commission charge with examining questions relevant to the application and interpretation of this Agreement. If difficulties should arise, the commission shall submit to the Contracting Parties proposals to remedy them. The approval of the competent authorities concerning the proposed regulations shall be reserved. The commission shall also submit proposals which aim to modify this Agreement.

(5) The commission shall be composed of three members from each Contracting Party. It shall invite experts to participate in its deliberations.

Article 13. Entry into force

This Agreement will enter into force the first day of the second month after its signature. It shall be applied beginning on the day agreed on by the Contracting Parties by an exchange of notes. Its application shall render null and void the Agreement of 25 October 1954 concerning the retaking of persons at the border, by an exchange of notes, between the Swiss Federal Council and the Government of the Federal Republic of Germany.

Article 14. Suspension; denunciation

(1) Each Contracting Party may suspend or denounce this Agreement, on important grounds and after having consulted the other Party, by notifying the other Party of its decision.

(2) The suspension or denunciation will enter into force the first day of the month following the receipt of notification in question by the other Contracting Party.

Done at Bonn on 20 December 1993, in two original copies, in the German language.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

MANFRED KANTHER

ANTONIUS EITEL

For the Swiss Federal Council:

ARNOLD KOLLER

PROTOCOL

In supplementing the Agreement of 20 December 1993 between the Swiss Federal Council and the Government of the Federal Republic of Germany concerning the readmission of persons with no authorization to reenter (Readmission Agreement), the Contracting Parties have made the following joint declarations and have accepted the following unilateral declarations:

1. Joint declaration concerning the interpretation and application of some provisions of the Readmission Agreement:

Ad article I

(a) The proof of nationality, according to article I, paragraph 1, shall be made by means of the following documents:

- Certificates of nationality;
- All kinds of passports (national passports, diplomatic passports, service passports, document replacing the passport with photograph);
- Personal identity documents (including provisional documents);
- Provisional identity certificates;
- Military cards and booklets;
- Identity cards for infants in lieu of passports;
- Precise information from the authorities.

On presentation of these documents, the Contracting Parties recognize that the proof of nationality is established without other controls being necessary.

(b) The presumption of nationality is considered as established especially by:

- Documents other than military booklets and cards which demonstrate an attachment to the armed forces of one of the Contracting Parties;
- Driving permit;
- Births;
- Business identity papers;
- Insurance certificates;
- Professional seaman's certificates;
- Driving permits for inland navigation;
- Witness declarations;
- Indications provided by the person concerned;
- Language spoken by the person concerned.

In these cases, the nationality shall be considered as established between the Contracting Parties as long as it has not been refuted by the requested party.

(c) The documents listed in number 1 shall be equally acceptable in order to establish proof or the presumption of nationality even if they have been established wrongly or are destroyed.

Ad articles 2 to 4

(a) Articles 2 to 4 relate to persons who are not residents of one of the Contracting Parties (residents of a third State).

(b) Birth in the territory of the requested Contracting Party amounts to, in the case of application of article 2, paragraph 1, the entry through a foreign boundary by this party.

(c) The entry through a foreign boundary by the Contracting Party according to article 2, paragraph 1, must be proved or assumed.

(d) When proof or assumption has been established that a foreign national of a third State has entered, through the common border, the territory of the requesting Contracting Party, it shall be equally assumed that the proof or the assumption of his prior entry through a foreign border in the territory of the requested Contracting Party is established.

(e) The entry through a foreign border or through a common border shall be proved in the following cases:

- Stamp or mention of entry on the travel documents;

- Travel documents, air tickets and similar documents which illustrates the reflected itinerary;

- Declarations by persons, for example, of members of the border authorities which shall attest to the entry through a foreign border.

It shall be considered assumed in the following cases:

- Verifiable declarations by persons who have entered;

- Documents and supporting documents, for example, invoices, receipts and affidavits permitting the reconstitution of the itinerary;

- Documents and supporting documents indicating a prior stay in the territory of the requested Contracting Party.

(f) In the case where entry through a foreign border is proved, the Contracting Parties shall officially recognize it without proceeding to more exhaustive investigations.

If the entry through the foreign border is assumed, the Contracting Parties shall hold it as established as long as the requested Contracting Party has not refuted it.

(g) A transit visa is not admitted as a visa in the context of article 2, paragraph 3, when it has been established by each of the two Contracting Parties.

Ad article 5

(a) The delays according to article 5 shall be the maximum delays.

As a general rule, a readmission must be executed immediately, if possible within a period of two days. The allotted time begins to run from the notification of the request for readmission to the requested Contracting Party.

(b) The requested Contracting Party will agree to a request for a delay if the requesting Contracting Party is unable, for material or legal reasons, to respect the time frame.

Ad articles 1, 2 to 4 and 7

The persons for readmission according to articles 1, 2, 3, 4 and 7 shall be readmitted at any border station. The authorities of the Contracting Parties shall agree on divergent regulations.

Ad article 8

As far as the transmission of personal information according to article 8, it shall be necessary to observe the following principles:

(a) The use of information by the addressee is authorized only as far as the objective so indicated and under the conditions established by the transmitting Contracting Party.

(b) The addressee shall inform the transmitting Contracting Party, at its request, of the use of transmitted information and of the results obtained.

(c) The personal information shall be transmitted exclusively to the competent bodies. All subsequent communications to other bodies must be received with prior authorization by the transmitting body.

(d) The transmitting Contracting Party must assure the accuracy of the information for transmittal as well as the need and the appropriateness to the objective indicated in the communication. In so doing, there is good reason for taking into account the banning of transmissions in effect after the national right in question. If it turns out that incorrect information has been transmitted or that the transmission has been unjustified, the addressee must advise of it immediately. It is necessary to proceed to correction the information or to destroy the information.

(e) At his request, the person concerned will be informed of the existing information on him and on the intended manner of use. There is no obligation to inform if it appears that it is in the public interest not to provide information for that need overrides the need of the person concerned to be informed.

Moreover, the right of the person concerned to receive information on the data affecting him personally is a matter of concern of the national law of the Contracting Party in whose territory the information has been requested.

(f) The transmitted personal data will be saved only as long as necessary, as stated in the data which have been communicated. The Contracting Parties will charge an appropriate independent body to control the treatment and the use of the data.

(g) The two Contracting Parties shall protect effectively the transmitted personal data against unauthorized access, improper modifications and unauthorized communication. In all cases, the data transmitted will benefit at least from the same protection which is enjoyed by data of same nature in the legislative body of the requesting party.

Ad article 11

Article 11, paragraph 3, applies by analogy in the case of an accession by Switzerland to a convention similar to the Dublin Convention of 15 June 1990 relating to the determination of the State responsible for the review of a request for asylum presented in one of the member States of the European Community and of an accession by Switzerland to the Agreement of 29 March 1991 between the States signatory to the Schengen and Poland Agreement relating to the readmission of persons in an irregular situation.

2. Declaration by the Government of the Federal Republic of Germany concerning article 2, paragraph 3:

(a) By visa in the sense of article 2, paragraph 3, is understood "visa" the "transit visa", the "emergency visa" and the "emergency and transit visa".

(b) By residence permit in the sense of article 2, paragraph 3, is understood "residence permit" ("Aufenthaltserlaubnis"), limited and unlimited, the "right to remain" ("Aufenthaltsberechtigung"), "residence authorization" ("Aufenthaltsbewilligung") et "authorization to reside" ("Aufenthaltsbefugnis").

3. Declaration by the Swiss Federal Council concerning article 2, paragraph 3:

(a) By visa in the sense of article 2, paragraph 3, is understood "visa", "transit visa", "entry visa", "diplomatic visa", "service visa", "courtesy visa", "collective visa", and "return visa";

(b) By residence permit in the sense of article 2, paragraph 3, is understood "residence authorization" and "business authorization".

This Protocol will enter into force according to the terms of article 13 of this Agreement.

Done at Bonn on 20 December 1993, in two original copies, in the German language.

For the Government of the Federal Republic of Germany:

MANFRED KANTHER

ANTONIUS EITEL

For the Swiss Federal Council:

ARNOLD KOLLER

[TRANSLATION - TRADUCTION]¹

ACCORD ENTRE LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE ET LE
GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE
RELATIF À LA RÉADMISSION DE PERSONNES EN SITUATION
IRRÉGULIÈRE (ACCORD SUR LA RÉADMISSION)

Le Conseil fédéral suisse

et

Le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne,

Dans l'intention de faciliter, dans un esprit de coopération et de bon voisinage ainsi que selon le principe de la réciprocité, la reprise de personnes à la frontière commune et leur transport en transit,

Sont convenus des dispositions suivantes :

Article 1. Réadmission de nationaux

(1) Chaque partie contractante réadmet sur son territoire, à la demande de l'autre partie contractante et sans formalités, toute personne qui ne remplit pas ou ne remplit plus les conditions d'entrée ou de séjour applicables sur le territoire de la partie contractante requérante s'il est établi ou présumé qu'elle possède la nationalité de la partie contractante requise.

(2) La partie contractante requérante réadmet dans les mêmes conditions cette personne si des examens postérieurs démontrent qu'elle ne possédait pas la nationalité de la partie contractante requise au moment de sa sortie du territoire de la partie contractante requérante.

*Article 2. Réadmission de personnes entrées
par la frontière extérieure*

(1) À la demande d'une partie contractante, la partie contractante par la frontière extérieure de laquelle est entrée la personne qui ne remplit pas les conditions d'entrée ou de séjour applicables sur le territoire de la partie contractante requérante, réadmet sans formalités cette personne sur son territoire.

(2) Par frontière extérieure au sens du présent article, on entend la première frontière franchie qui n'est pas une frontière commune aux parties contractantes.

(3) L'obligation de réadmission au sens du premier alinéa ne s'applique pas à l'égard de la personne qui, lors de son entrée sur le territoire de la partie contractante requérante, est en possession d'un visa ou d'un titre de séjour en cours de validité délivré par cette partie contractante ou qui, après son entrée, a été mise en possession par celle-ci d'un visa ou d'un titre de séjour.

1. Translation supplied by the Government of Germany - Traduction fournie par le Gouvernement allemand.

*Article 3. Réadmission par la partie contractante
responsable de l'entrée*

(1) Si une personne qui ne remplit pas les conditions d'entrée ou de séjour applicables sur le territoire de la partie contractante requérante possède un titre de séjour ou un visa valable délivré par l'autre partie, cette dernière réadmet cette personne sans formalités à la demande de la partie contractante requérante.

(2) Si les deux parties contractantes ont délivré un visa ou un titre de séjour, la partie compétente est celle dont le visa ou l'autorisation de séjour arrive à échéance en dernier lieu.

Article 4. Titre de séjour

Par titre de séjour au sens des articles 2, 3e alinéa, et 3, 1er alinéa, on entend toute autorisation de quelque nature que ce soit délivrée par une partie contractante donnant droit au séjour sur son territoire. N'entre pas dans cette définition l'admission temporaire au séjour sur le territoire d'une partie contractante en vue du traitement d'une demande d'asile ou d'une demande de titre de séjour.

Article 5. Délais

(1) La partie contractante requise est tenue de répondre dans un délai de huit jours aux demandes de réadmission qui lui sont présentées.

(2) La partie contractante requise est tenue de prendre en charge dans un délai d'un mois la personne dont elle a accepté la réadmission. Ce délai peut être prolongé à la demande de la partie contractante requérante.

*Article 6. Délai de forclusion pour
l'obligation de réadmission*

S'il s'avère qu'un étranger a séjourné, au su d'une partie contractante, durant plus d'un an sans interruption sur le territoire de cette patrie, celle-ci ne peut plus faire valoir de demandes de réadmission.

Article 7. Admission en transit

(1) Chacune des parties contractantes se déclare prête à répondre aux demandes des autorités de l'autre partie relatives à l'admission en transit de personnes qui ne possèdent pas la nationalité de l'une des parties contractantes, à condition que la poursuite du voyage et la reprise par l'État de destination soient assurées.

(2) L'admission en transit peut être refusée lorsque

1. La personne serait exposée au risque de persécution politique dans un autre État de transit ou dans l'État de destination ou qu'elle devrait s'attendre à une poursuite ou à une exécution pénales, ou

2. Qu'elle devrait faire l'objet d'une poursuite pénale sur le territoire de la partie contractante requise en raison d'un acte punissable; la partie contractante requérante doit en être informée avant l'admission en transit.

(3) Un visa de transit de la partie contractante requise n'est pas nécessaire.

(4) Même après l'octroi d'une autorisation, les personnes admises en transit peuvent être renvoyées à l'autre partie contractante si des faits qui s'opposent à une admission en transit au sens du 2e alinéa apparaissent ou sont révélés ultérieurement ou si la poursuite du voyage ou la reprise par l'État de destination ne sont plus assurées.

Article 8. Protection des données

Dans la mesure où la transmission de données personnelles est requise pour l'application du présent accord, ces informations doivent concerner exclusivement

- Les données personnelles concernant la personne à remettre et éventuellement celles de membres de la famille (nom, prénom, le cas échéant nom antérieur, surnoms ou pseudonymes, date et lieu de naissance, sexe, nationalité actuelle et antérieure);

- La carte d'identité ou le passeport (numéro, durée de validité, date, autorités et lieu d'établissement, etc.);

- Les autres données indispensables à l'identification de la personne à remettre;

- Les lieux de séjour et les itinéraires;

- Les autorisations de séjour ou les visas accordés par l'une des parties contractantes;

- Le cas échéant, le lieu de dépôt d'une demande d'asile;

- Le cas échéant, la date de dépôt d'une demande d'asile antérieure, la date de dépôt de l'actuelle demande d'asile, l'état de la procédure et la teneur de la décision éventuelle rendue.

Le traitement de ces données est régi par les principes énoncés à l'article 8 du protocole au présent accord.

Article 9. Frais

(1) La partie contractante requérante supporte, jusqu'au poste frontière de passage, les frais de déplacement de personnes réadmises aux termes des articles 1, 2 et 3 ou les frais de transport en transit dans le cas de l'article 7.

(2) La partie contractante requérante supporte les frais de transport en transit jusqu'à la frontière de l'État de destination et, le cas échéant, également les frais résultant du voyage de retour.

Article 10. Autorités compétentes

Les ministères responsables des contrôles à la frontière désignent les autorités centrales ou locales compétentes pour l'exécution des demandes de réadmission et d'admission en transit; ils les communiquent à l'autre partie contractante au plus tard lors de la signature du présent accord.

Article 11. Clause d'intangibilité

(1) L'application de la convention du 28 juillet 1951 relative au statut des réfugiés, dans la version du protocole du 31 janvier 1967 relatif au statut des réfugiés, n'est pas touchée par le présent accord.

(2) Les obligations découlant des traités internationaux sur l'extradition et l'extradition en transit ainsi que des conventions sur l'établissement conclues par les parties contractantes ne sont pas touchées par le présent accord.

(3) Ne sont pas touchées par le présent accord l'obligation de la République fédérale d'Allemagne, en sa qualité d'État membre de la Communauté européenne, qui découle du droit communautaire, ainsi que l'application de l'Accord du 14 juin 1985 entre les gouvernements des États de l'Union économique du Benelux, de la République fédérale d'Allemagne et de la République française relatif à la suppression graduelle des contrôles aux frontières communes et celle de la convention d'application du 19 juin 1990 relative à cet accord, obligation découlant également de l'Accord du 29 mars 1991 entre les États signataires de l'Accord de Schengen et la Pologne relatif à la réadmission des personnes en situation irrégulière, ainsi que l'application par la République fédérale d'Allemagne de la Convention de Dublin du 15 juin 1990 relative à la détermination de l'État responsable de l'examen d'une demande d'asile présentée dans l'un des États membres de la Communauté européenne.

Article 12. Coopération dans la lutte contre les entrées illégales, commission d'experts

(1) Les parties contractantes s'entraident dans l'application du présent accord et en matière de lutte contre les entrées illégales d'étrangers; elles coopèrent étroitement et sur une base de confiance mutuelle. La coopération porte notamment sur les domaines suivants :

1. Analyse commune des causes et des circonstances liées à l'entrée illégale d'étrangers;
2. Élaboration de mesures propres à combattre l'entrée illégale d'étrangers;
3. Exécution en étroite collaboration des mesures de contrôle et de surveillance, notamment à la frontière commune.

(2) Les parties contractantes se transmettent, dans la mesure où leur législation respective les y autorise, les informations nécessaires à l'application de l'accord et à la lutte contre l'entrée illégale d'étrangers. Les prescriptions particulières sur l'entraide judiciaire et administrative en matière pénale ne sont pas touchées par le présent accord.

(3) La coopération découlant d'autres conventions et traités n'est pas touchée par le présent accord.

(4) Les parties contractantes instituent une commission chargée d'examiner les questions relatives à l'application et à l'interprétation du présent accord. Si des difficultés devaient survenir, la commission soumettra aux parties contractantes des propositions pour y remédier. Est réservée l'approbation des autorités compétentes quant aux réglementations

proposées. La commission peut aussi soumettre des propositions visant à modifier le présent accord.

(5) La commission se compose de trois représentants de chaque partie contractante. Elle peut inviter des experts à participer à ses délibérations.

Article 13. Entrée en vigueur

Le présent accord entre en vigueur le premier jour du deuxième mois suivant sa signature. Il ne sera appliqué qu'à partir du jour convenu par les parties contractantes par échange de notes. Son application rend caduc l'accord du 25 octobre 1954 concernant la reprise de personnes à la frontière, conclu, par échange de notes, entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne.

Article 14. Suspension, dénonciation

(I) Chacune des parties contractantes peut, en présence de motifs importants et après avoir consulté l'autre partie, suspendre ou dénoncer le présent accord en notifiant sa décision à cette dernière.

(2) La suspension ou la dénonciation entre en vigueur le premier jour du mois suivant la réception de la notification en question par l'autre partie contractante.

Fait à Bonn, le 20 décembre 1993, en deux exemplaires originaux, rédigés en langue allemande.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

MANFRED KANTHER

ANTONIUS EITEL

Pour le Conseil fédéral suisse :

ARNOLD KOLLER

PROTOCOLE

En complément de l'accord du 20 décembre 1993 entre le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la réadmission de personnes en situation irrégulière (accord sur la réadmission), les parties contractantes ont fait les déclarations communes ci-après et accepté les déclarations unilatérales suivantes :

1. Déclaration commune relative à l'interprétation et à l'application de certaines dispositions de l'accord sur la réadmission :

Ad Article 1

a) La preuve de la nationalité selon l'article premier, 1er alinéa, peut être apportée notamment au moyen des pièces suivantes :

- Certificats de nationalité;
- Passeports de tout genre (passeports nationaux, passeports diplomatiques, passeports de service, documents remplaçant le passeport avec photographie);
- Cartes personnelles de légitimation (y compris les cartes de légitimation provisoires);
- Attestations provisoires d'identité;
- Livrets et cartes militaires;
- Cartes d'identité pour enfants remplaçant le passeport;
- Renseignements précis émanant d'autorités.

Sur présentation de tels documents, les parties contractantes reconnaissent que la preuve de la nationalité est établie, sans que d'autres contrôles soient nécessaires.

b) La présomption de la nationalité est considérée comme établie notamment par :

- D'autres documents que des livrets et cartes militaires qui prouvent l'appartenance aux forces armées de l'une des parties contractantes;
- Permis de conduire;
- Actes de naissance;
- Pièces d'identité d'entreprise;
- Attestations d'assurance;
- Livrets professionnels maritimes;
- Permis de conduire pour la navigation fluviale;
- Déclarations de témoins;
- Indications données par la personne concernée;
- La langue parlée par la personne concernée.

Dans ces cas, la nationalité est considérée comme établie entre les parties contractantes aussi longtemps que la partie requise ne l'a pas réfutée.

c) Les documents mentionnés au chiffre 1 sont également acceptés pour établir la preuve ou la présomption de la nationalité même s'ils ont été établis à tort ou sont périmés.

Ad Articles 2 à 4

- a) Les articles 2 à 4 se rapportent à des personnes qui ne sont pas ressortissantes de l'une des parties contractantes (ressortissants d'États tiers).
- b) La naissance sur le territoire de la partie contractante requise équivaut, en cas d'application de l'article 2, 1er alinéa, à l'entrée par une frontière extérieure de cette partie.
- c) L'entrée par une frontière extérieure des parties contractantes selon l'article 2, 1er alinéa, doit être prouvée ou présumée.
- d) Lorsque la preuve ou la présomption sont établies qu'un étranger ressortissant d'un État tiers est entré, par la frontière commune, sur le territoire de la partie contractante requérante, il est également admis que la preuve ou la présomption de son entrée préalable par une frontière extérieure sur le territoire de la partie contractante requise sont établies.
- e) L'entrée par une frontière extérieure ou par la frontière commune est prouvée dans les cas suivants :
 - Timbre ou mention d'entrée sur les documents de voyage;
 - Titres de transport, billets d'avion et documents analogues dont ressort l'itinéraire emprunté;
 - Déclarations de personnes, par exemple de membres des autorités frontalières, qui peuvent attester l'entrée par une frontière extérieure.
- f) Dans les cas où l'entrée par une frontière extérieure est prouvée, les parties contractantes la reconnaissent officiellement sans procéder à de plus amples investigations.
- Si l'entrée par la frontière extérieure est présumée, les parties contractantes la tiennent pour établie aussi longtemps que la partie contractante requise ne l'aura pas réfutée.
- g) Un visa de transit n'est admis comme visa au sens de l'article 2, 3e alinéa, que lorsqu'il a été établi par chacune des deux parties contractantes.

Ad Article 5

- a) Les délais selon l'article 5 sont des délais maximaux.
En règle générale, une réadmission doit être exécutée immédiatement, si possible dans un délai de deux jours. Le délai commence à courir dès la notification de la demande de réadmission à la partie contractante requise.
- b) La partie contractante requise acquiescera à une demande de prolongation de délai si la partie contractante requérante est dans l'impossibilité, pour des raisons matérielles ou juridiques, de respecter le délai.

Ad Articles 1, 2 à 4 et 7

Les personnes à réadmettre selon les articles 1, 2, 3, 4 et 7 peuvent être réadmis à tous les postes frontières. Les autorités des parties contractantes peuvent convenir d'une réglementation divergente.

Ad Article 8

Pour ce qui est de la transmission de données personnelles selon l'article 8, il y a lieu d'observer les principes suivants :

a) L'utilisation des données par le destinataire n'est autorisée que dans le but indiqué et aux conditions fixées par la partie contractante transmetteuse.

b) Le destinataire informe la partie contractante transmetteuse, à sa demande, de l'utilisation des données transmises et des résultats ainsi obtenus.

c) Les données personnelles peuvent être transmises exclusivement aux organes compétents. Toute transmission ultérieure à d'autres organes doit recevoir au préalable l'autorisation de l'organe transmetteur.

d) La partie contractante transmetteuse est tenue de s'assurer de l'exactitude des données à transmettre ainsi que de la nécessité et de l'adéquation au but poursuivi par la communication. Ce faisant, il y a lieu de tenir compte des interdictions de transmission en vigueur d'après le droit national en cause. S'il s'avère que des données inexactes ont été transmises ou que la transmission était indue, le destinataire doit en être avisé immédiatement. Il est tenu de procéder à la rectification ou à la destruction nécessaire.

e) À sa demande, la personne concernée sera renseignée sur les informations existant à son sujet et sur le mode d'utilisation prévu. Il n'existe pas d'obligation de renseigner s'il apparaît que l'intérêt public à ne pas donner de renseignements est prépondérant par rapport à celui de la personne concernée à être renseignée.

Par ailleurs, le droit de la personne concernée à recevoir des informations sur les données la touchant personnellement relève du droit national de la partie contractante sur le territoire national de laquelle le renseignement a été demandé.

f) Les données personnelles transmises ne seront conservées qu'aussi longtemps que l'exige le but dans lequel elles ont été communiquées. Les parties contractantes chargent un organe indépendant approprié de contrôler le traitement et l'utilisation de ces données.

g) Les deux parties contractantes sont tenues d'inscrire dans leurs dossiers la transmission et la réception des données personnelles.

h) Les deux parties contractantes sont tenues de protéger efficacement les données personnelles transmises contre l'accès non autorisé, les modifications abusives et la communication non autorisée. Dans tous les cas, les données transmises bénéficient au moins de la protection dont jouissent les données de même nature dans la législation de la partie requérante.

Ad Article 11

L'article 11, 3e alinéa, s'applique par analogie dans le cas d'une adhésion de la Suisse à une convention parallèle à la Convention de Dublin du 15 juin 1990 relative à la détermination de l'État responsable de l'examen d'une demande d'asile présentée dans l'un des États membres des Communautés européennes et d'une adhésion de la Suisse à l'accord du 29 mars 1991 entre les États signataires de l'Accord de Schengen et la Pologne relatif à la réadmission des personnes en situation irrégulière.

2. Déclaration du Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au sujet de l'article 2, 3e alinéa :

a) Par visa au sens de l'article 2, 3e alinéa, on entend le "visa", le "visa de transit", le "visa d'exception" et le "visa d'exception et de transit".

b) Par titre de séjour au sens de l'article 2, 3e alinéa, on entend le "permis de séjour" ("Aufenthaltserlaubnis") limité et illimité, le "droit de séjour" ("Aufenthaltsberechtigung"), l'"autorisation de séjour" ("Aufenthaltsbewilligung") et l'"habilitation à séjournier" ("Aufenthaltsbefugnis").

3. Déclaration du Conseil fédéral suisse au sujet de l'article 2, 3e alinéa :

a) Par visa au sens de l'article 2, 3e alinéa, on entend le "visa", le "visa de transit", le "visa d'entrée", le "visa diplomatique", le "visa de service", le "visa de courtoisie", le "visa collectif" et le "visa de retour";

b) Par titre de séjour au sens de l'article 2, 3e alinéa, on entend l'"autorisation de séjour" et l'"autorisation d'établissement".

Le présent Protocole entre en vigueur aux termes de l'article 13 de l'accord.

Fait à Bonn, le 20 décembre 1993, en deux exemplaires originaux rédigés en langue allemande.

Pour le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne :

MANFRED KANTHER

ANTONIUS EITEL

Pour le Conseil fédéral suisse :

ARNOLD KOLLER